

Landschaftsinitiative will Kulturland schützen

Die Schweizer Landschaft ist unter Druck, pro Sekunde wird ein Quadratmeter Boden überbaut. Mit der Revision des Raumplanungsgesetzes drohen weitere Lockerungen des gesetzlichen Rahmens. Deshalb wurde Mitte Juli die Landschaftsinitiative lanciert. Sie wird von Bio Suisse unterstützt. Ihr Ziel ist es, dass aus ungebremster Bautätigkeit in unserem Land nachhaltige Siedlungsentwicklung wird.

Boden ist ein knappes Gut in der Schweiz, noch knapper ist fruchtbarer Boden. Dieser wird mehr und mehr zugebaut mit Strassen, Einkaufszentren, Industrieanlagen, Parkplätzen und Häusern. Seit Jahren verschwindet in der Schweiz pro Sekunde ein Quadratmeter Grünfläche, annähernd zehn Hektaren pro Tag. Dorf- und Stadtränder fransen zunehmend ins Landwirtschaftsland hinaus. Besonders im Mittelland, wo die schrittweise Zersiedelung am augenfälligsten ist, oder in den Tourismuszentren der Alpen.

Bau- von Nichtbaugebiet trennen

Das 1980 eingeführte Raumplanungsgesetz versucht, diese Entwicklung zu bremsen und in geordnete Bahnen zu lenken. Es verfolgt das Ziel, Baugebiet und Nichtbaugebiet klar zu trennen und damit das Kulturland und die Landschaften zu schützen. Dies gelang bisher nur mit beschränktem Erfolg: Etwa 30 Prozent aller Bauten in der Schweiz stehen ausserhalb der Bauzone (das sind 500 000 Gebäude!). Und das Raumplanungsgesetz wird weiter aufgeweicht – der «Fall Gal-

raumplanerische Eindämmung des Zweitwohnungsbaus soll demnach aufgehoben, landwirtschaftliche Bauten sollen für Nichtlandwirte freigegeben werden. Kurz: Der HEV möchte sämtliche raumplanerischen Bestimmungen zum Bauen ausserhalb der Bauzone abschaffen.

Baulandreserven noch riesig

Die eidgenössische Volksinitiative «Raum für Mensch und Natur», kurz Landschaftsinitiative, stützt der Raumplanung in dieser kommenden Debatte den Rücken. Sie verpflichtet Bund und Kantone zur haushälterischen Nutzung des Bodens, will die Trennung von Bau- und Nichtbaugebieten in der Bundesverfassung verankern und festlegen, dass die Gesamtfläche von Bauzonen während 20 Jahren nicht zunimmt. Das heisst nicht, dass weniger gebaut werden dürfte: Die heutigen Baulandreserven würden nämlich ausreichen, um neuen Wohnraum für 2,5 Millionen Menschen zu schaffen!

In ihrer nächsten Legislatur werden die eidgenössischen Räte das Raumplanungsgesetz revidieren. Es steht unter hohem Druck, denn in gewissen Kreisen gilt es als Wirtschaftshemmer, Freiheitsberaubung und Bürokratiemonster. Raumplanung, Raumplaner und Raumplanungsbehörden sind politisch in der Defensive und stehen mit dem Rücken zur Wand. Es gibt in der politischen Diskussion Vorstellungen, die Schweiz vom Raumplanungsrecht zu «befreien».

Anfang August ging der Schweizerische Hauseigentümerverband (HEV) mit einem Positionspapier in die Offensive und blies zum Angriff auf die Raumplanung und insbesondere das bäuerliche Bodenrecht. Die

Die Initiative unter Federführung von Pro Natura entspricht einem Bedürfnis der Bevölkerung und hat daher gute Chancen, zustande zu kommen. In einer repräsentativen Umfrage zur Zersiedelung der Schweiz äusserte sich eine klare Mehrheit der Befragten im Sinne der Initiative (vgl. Grafik).

Hinter der Initiative stehen 16 nationale Organisationen, unter ihnen Bio Suisse, und ein politisch breit gefächertes Initiativkomitee, dem National- und Ständerätinnen aus vier Parteien angehören (CVP, EVP, Grüne und SP).

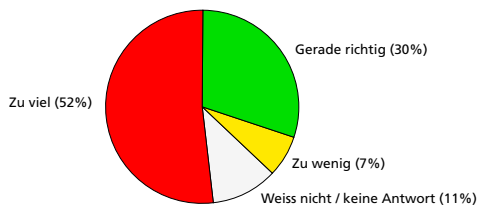
Zum Schluss sei noch die folgende Bemerkung erlaubt: Während Sie diesen Artikel gelesen haben, sind rund drei Aren Schweiz überbaut worden.

Alfred Schädeli

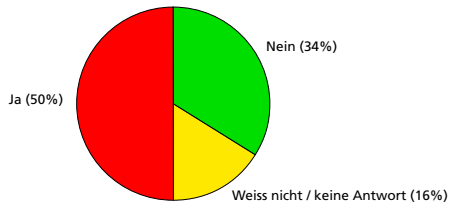
Diesem Heft liegt eine Unterschriftenkarte bei. Weitere Karten können bestellt werden unter Tel. 061 317 92 00 oder auf der Website www.landschaftsinitiative.ch

Repräsentative Umfrage zur Zersiedelung der Schweiz

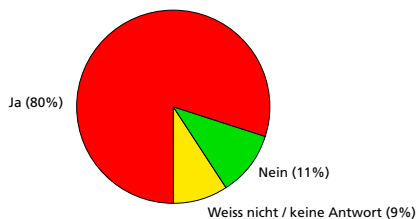
Wird in der Schweiz zu viel, gerade richtig oder zu wenig Land für Bauten genutzt?



Wären Sie damit einverstanden, die Siedlungsfläche in der Schweiz auf dem heutigen Stand zu begrenzen?



Sollte in besonders schönen Landschaften die Bautätigkeit eingeschränkt werden?



Quelle: gfs-zürich im Auftrag von Pro Natura (2006)
Anzahl der Befragten: 1005

